

THEMA

Gute Gesundheitsversorgung für alle

Mit einem Nachtragshaushalt in Höhe von 27,75 Millionen Euro hat Oberbürgermeister Geselle durch die Stadtverordnetenversammlung die Eigenkapitalquote der Gesundheit Nordhessen (GNH) erhöhen lassen um damit den Umbau der Dachgesellschaft der Kliniken in Stadt und Kreis vorantreiben.

Soweit so gut, könnte man meinen. Geselle ist schließlich Aufsichtsratsvor-

sitzender der GNH und wird schon das Beste für die Gesundheitsversorgung in Nordhessen wollen. Sollte man meinen. Kern seines Umbauplans ist allerdings, die defizitäre Kreisklinik in Wolfhagen zu schließen und stattdessen das Klinikum in Kassel zu stärken, das schwarze Zahlen schreibt, aber in letzter Zeit, auch durch die gewachsene Konkurrenz durch Privatkliniken, niedrigere Gewinne erzielt hat. Dieser Konkurrenz will Geselle begegnen, indem er die Spezialisierung

und technische Modernisierung des Klinikums vorantreibt. Das Klinikum soll weiter zu einer leistungsfähigen Gesundheitsfabrik ausgebaut werden.

Damit Geselle seine Pläne umsetzen kann, musste im Frühjahr bereits der GNH-Geschäftsführer Karsten Honsel gehen und wurde ersetzt durch Michael Knapp, der zuvor unter anderem für die Unternehmensberatung Boston Consulting Group in Frankfurt gearbeitet hat und damit für die Durchsetzung einer marktgerechten Sanierung der geeignete Manager zu sein scheint.

Die GNH insgesamt hat im letzten Jahr immer noch einen Überschuss von 270.000 Euro verzeichnen können. Unbestritten ist, dass die Kreiskliniken in Wolfhagen und Hofgeismar Verluste produzieren, im Jahr 2018 waren dies zusammen 3,3 Millionen Euro nach 2,8 Millionen im Jahr 2017. Erzeugt wird diese Verlustrechnung durch die 2004 erfolgte bundesweite Einführung von diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG) zur Abrechnung von Gesundheitsleistungen mit den Krankenkassen. Durch diese kommt es nicht nur zu deutlich reduzierten Dauern von Krankenhausaufenthalten (weil ab einer gewissen Liegedauer Patienten dem Krankenhaus schlicht keinen Gewinn mehr bringen, sondern vielmehr Verluste).

Kreiskliniken wie Wolfhagen und Hofgeismar können unter dem DRG-System keine Gewinne erwirtschaften, es sei denn, sie schließen all ihre verlustbringenden Stationen wie die Intensivstation und die Notaufnahme und spezialisieren sich darauf, mit Fachärzten am Fließband gewinnbringende Operationen mit

Bitte umblättern...



Gesundheitsfabrik Klinikum. Bleiben die Krankenhäuser im Landkreis auf der Strecke?

kurzen Liegezeiten vorzunehmen. Zu einer solchen Umstrukturierung sind sie weder in der Lage, noch ist das überhaupt ihre Aufgabe.

Der systembedingte Kostendruck indes hat in den letzten Jahren in Nordhessen bereits zur Schließung von Kreissälen in Helmarshausen (mitsamt der ganzen Kreisklinik), Volkmarshausen (in diesem Jahr) und eben an der Kreisklinik in Wolfhagen (vor fünf Jahren) geführt. Geburten rechnen sich eben nicht.

Die Folgen der Klinikschließung wären für die Menschen im Wolfhager Land dramatisch. Das offiziell gewährleistete Ziel einer Erreichbarkeit medizinischer Notfallversorgung innerhalb von 30 Minuten ist in der Praxis unrealistisch, vor allem ohne eigenes Auto. Hinzu kommt der Wegfall an Intensivbetten und Beatmungsmedizin und der Wegfall des Krankenhausangebots angesichts einer alternden Bevölkerung. Zudem zieht die Schließung Folgeprobleme nach sich, wie etwa die Abwanderung von Fachkräften und den Wegfall von Ausbildungsplätzen. Aber nicht nur die Menschen in und um

Wolfhagen leiden darunter: Auch die Kasseler Bürgerinnen und Bürger werden die Folgen zu spüren bekommen, wenn etwa die bereits jetzt völlig überlastete Notaufnahme am Kasseler Klinikum, in der Patienten oft stundenlange Wartezeiten erdulden müssen, in Zukunft noch durch weitere Notfälle aus dem Landkreis gefüllt wird.

Das heißt: Die auf Gewinnmaximierung orientierte Stärkung des Klinikums in Kassel soll auf Kosten der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum erfolgen. Dass dagegen nicht nur die Bevölkerung im Altkreis Wolfhagen sondern auch sämtliche Kreistagsfraktionen und der Landrat Uwe Schmidt Sturm laufen, dürfte kaum jemanden ernsthaft überraschen.

Die autoritäre Gutsherrenart, mit der Geselle seine Pläne gegen die VertreterInnen des Landkreises im Aufsichtsrat der GNH mit seiner Anteilsmehrheit durchgesetzt hat, verstärkt die Erbitterung noch. Nun hat das Landgericht Kassel Mitte Oktober einer Klage des Landrats stattgegeben und entschie-

den, dass zur Schließung einer Klinik eine Gesellschafterversammlung einberufen werden muss. Diese besteht aus lediglich zwei Personen: dem Kasseler Oberbürgermeister und dem Landrat des Landkreises. Vermutlich wird sich der Rechtsstreit zwischen den beiden noch länger hinziehen. Wichtig ist, dass der dadurch erreichte Aufschub von den betroffenen Menschen genutzt wird, um den öffentlichen Protest gegen den eiskalten Sanierer Geselle und seinen Erfüllungsgehilfen Dr. Knapp noch weiter zu verstärken.

Wir als Kasseler Linken werden nicht dabei mitmachen, Stadt und Kreis gegeneinander auszuspielen. Wir sind für eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle und deshalb werden wir nicht nur die Klinikschließung in Wolfhagen, sondern den vom Oberbürgermeister vorgelegten Nachtragshaushalt insgesamt ablehnen.

Lutz Getzschmann

BILDUNG

Klassengesellschaft Grundschule

Regelmäßig wird Sprachenvielfalt im Schulkontext als zentrales Problem verhandelt, zuletzt etwa im Fall „Yara“.

Eine Schülerin aus dem Kasseler Norden wechselte dabei aufgrund von Gewalterfahrungen die Grundschule. Reißerische Schlagzeilen, wie „Einzige deutschsprachige Schülerin“ in der Boulevard-Presse, zogen dabei einen falschen und rassistischen Schluss, denn es ging nicht um Sprache, sondern um Gewalt. Dass Erstere kein Problem sein muss, zeigt sich am Beispiel deutscher Auslandsschulen, an denen tagtäglich mehrsprachig unterrichtet wird, ohne dass diese als „Brennpunktschulen“ gelten.

Das zentrale Problem der Nordstadt ist hingegen ein sozioökonomisches: Mit dem in Kassel höchsten Anteil an Kindern in SGBII-Haushalten von über 50 %, stellen sich vorrangig Fragen von Armut und Resignation, nicht die der Sprachenvielfalt. Der große Anteil an

Ausländer*innen im Quartier zeigt dabei, welcher Bevölkerungsteil oft nicht am Wirtschaftsleben partizipiert. Mangelnde Sprachkompetenzen sind dabei nicht die Problemursache. Vielmehr sind ausgrenzende Wirtschaftsmechanismen zu kritisieren, die dazu führen, dass sich Stadtteile im Grad sozialer Einbindung und ökonomischer Spielräume unterscheiden.

Einzugsgebiete von Grundschulen sollen das gemeinsame Lernen aller Kinder eines Quartiers in den ersten Schuljahren garantieren. Die Umgehung dieses Prinzips durch den Besuch von Privatschulen oder „Interpretationsmöglichkeiten“ geltenden Rechts (bspw. Anmeldung eines Zweitwohnsitzes) ist ein offenes Geheimnis. Hinzu kommt die sozioökonomische Spaltung in Großstädten, die Kinder derjenigen abschottet, die sich teuren Wohnraum leisten können. So existieren Schulen mit überdurchschnittlicher Arbeitsbelastung neben anderen, deren Elternschaft als spendenwillig und

engagiert gilt. Gleiche Bildungschancen sind so nur eine Illusion. Ohne Einzugsgebiete würde aber eine „gewählte Segregation“ durch die Eltern entstehen.

Besser wäre daher ein kommunales Umdenken: Kein Quartier ohne sozialen Wohnungsbau! Das Ziel wäre die Angleichung proportionaler Wohnverhältnisse, etwa des Anteils an Mietwohnungen und Wohneigentum. Auch die Neustrukturierung der Einzugsgebiete wäre möglich. Die erwartbare Kritik daran müsste man in Kauf nehmen, denn jedes Kind hat ein Recht auf gute Bildung und jedes verlorene Kind ist ein Versagen der Gesellschaft.

Gemeinsames Lernen kann sozialen Zusammenhalt stärken und egoistischer Abschottung entgegenwirken. Es lohnt sich, den Kampf dafür zu beginnen!

Julian Storck-Odabasi

UMWELT

Kassels Klima auf dem Weg nach Rom

Der Klimawandel ist im vollen Gange und die Veränderungen sind auch in Kassel deutlich zu spüren. Noch jetzt im Herbst sind die Auswirkungen eines weiteren trockenen Sommers sichtbar, den Böden fehlt das Wasser.

Für die zukünftige Temperaturentwicklung hat der Weltklimarat mehrere Szenarien entwickelt. Selbst wenn der CO₂-Ausstoß wie nach dem Pariser Klimaabkommen vereinbart sehr schnell auf null reduziert würde, erwärmt sich der Planet um 1,5 Grad. Die ökologischen und sozialen Konsequenzen sind auch in diesem Fall drastisch und schwer absehbar. Die Folge sind akute Brandgefahr in Parks und Wäldern, schlechte Ernten und mehr Hitzewellen.

Das Kasseler Becken ist aufgrund seiner geografischen Lage und seiner Siedlungsstruktur das wärmste Gebiet im nordhessischen Bergland. Ganze städtische Areale sind jetzt schon Überhitzungen ausgesetzt. Zu der Überwärmung aufgrund weitläufig versiegelter Flächen kommt die Kessellage Kassels und die daraus resultierende schlechte Frischluftversorgung hinzu. Trotz dieser Probleme setzt sich der Trend zur Bodenversiegelung fort. Andererseits bleibt eine dringend notwendige Entsiegelungspolitik aus. Abkühlende Faktoren wie Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Parks, Bäume und andere Vegetation sind in der Stadtmitte nur noch rudimentär vorzufinden, starke Überwärmungsentwicklungen in fast allen Ortsteilen sind bereits heute sichtbar.

Wenn keine der genannten Gegenmaßnahmen von der Stadt getroffen werden, kann der heutigen und zukünftig stärker ausfallenden Überwärmung nur durch umfangreiche Optimierungen von Wohnräumen durch Klimaanlage entgegen gewirkt werden. Aber das würde den Emissionsausstoß weiter in die Höhe treiben und einen weiteren Temperaturanstieg begünstigen. Diese Optimierungen würden vor allem nur jenen möglich sein, die sich einen entsprechenden Umbau leisten können. Alle anderen Menschen in Kassel sind der Hitze schutzlos ausgesetzt.

Es ist also nicht nur wichtig, den CO₂-Ausstoß drastisch zu minimieren, sondern vor allem ist das Entsiegeln von Flächen, die massive Neuanpflanzung von Bäumen und Vegetation in verschiedensten Variationen notwendig.

Die Ambitionen von städtischer Seite, auf Grundlage umfangreicher Kenntnisse zu dieser Problematik, liegen jedoch bisher weit hinter den eigenen Möglichkeiten. Eine CO₂ Neutralität bis 2030 und ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossener, aber noch nicht eingerichteter Klimarat sollen bei zukünftigen Entscheidungen den Fokus

auf den Klimawandel erhöhen.

Die Wissenschaft prognostiziert Kassel bis zum Jahr 2050 selbst im wohlwollendsten Szenario ein Klima, das mit dem in Rom und Madrid vergleichbar sein wird. Zukünftige Hitzewellen mit mehr als 40 Grad werden Normalität und die ökologischen und sozialen Schäden kaum abzusehen sein. Wenn die Verantwortlichen auf allen Ebenen der Politik jetzt nicht konsequent reagieren, werden wir uns an die „Hitze und Trockenheitswelle 2019“ noch wohlwollend erinnern.

Mark Bienkowski



„Fridays for Future“ Demo am 20. September in Kassel.

ANTIFASCHISMUS

Nazis bekämpfen: Combat 18 verbieten

Der Mord an Walter Lübcke hat die Republik erschüttert. Wenige Tage nach dem Mord kündigte Innenminister Seehofer unter dem öffentlichen Druck die Prüfung eines Verbots der Nazi-Terrorgruppe „Combat 18“ an.

Alle großen Medien recherchierten in den ersten Tagen und Wochen nach dem Mord in Kassel. Der Stadt, in der der NSU dreizehn Jahre zuvor den Mord an Halit Yozgat begangen hatte. Sie suchten elektrisiert nach fortbestehenden rechtsradikalen Netzwerken im Umfeld des geständigen Mörders Stefan Ernst. Alle Spuren verwiesen in Richtung schon lange bestehender gewaltbereiter neonazistischer Netzwerke in Nordhessen, mit „Combat 18“ als Zentrum.

Mitglieder und Umfeld der Gruppe „Combat 18“ wurden im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss immer wieder als Helfer und Unterstützer des NSU genannt. Nach allen inzwischen vorliegenden Erkenntnissen war auch der mutmaßliche Mörder von Walter Lübcke, Stephan Ernst, Mitglied von „Combat 18“ oder bewegte sich bis zu seiner Ver-

haftung in deren Umfeld. Ermittler prüften zurzeit, ob er nicht sogar die Mordwaffe bei einem „Combat 18“-Mitglied in Pinneberg gekauft hat.

Diese gewaltbereite, bewaffnete und international agierende Terrorgruppe treibt nach wie vor ihr Unwesen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die nächsten Opfer zu beklagen sind.

Der Name „Combat 18“ steht für „Kampfgruppe Adolf Hitler“. Diese Gruppe versteht sich als bewaffneter Arm der im Jahr 2000 verbotenen Nazi-Organisation „Blood and Honour“. Deshalb muss „Combat 18“ verboten werden! Erst vor wenigen Wochen wurde sie auch in Kanada auf die Anti-Terrorliste gesetzt.

Doch was passiert in Deutschland? Monate sind seit der Ankündigung von Seehofer vergangen. Passiert ist seitdem nichts. Keine Spur von erhöhtem Ermittlungsdruck. Keine Hausdurchsuchungen, Vernehmungen, Beweissicherungsverfahren oder Festnahmen.

Die Sicherheitsbehörden halten daran fest, dass sie angeblich nach wie

vor keine verbotsfähige feste Organisationsstruktur bei „Combat 18“ erkennen können. Die Organisation „Combat 18“ veröffentlicht jedoch Organisationsgrundsätze, stellt Videobotschaften ins Netz, führt Schießtrainings im Ausland durch, hat ein eigenes Logo, Kleidung mit diesem Logo, eine eigene Band, eine eigene Hymne. Ein Schwerpunkt dieser Terrorgruppe war bis vor kurzem Nordhessen. Sie führte in Kassel bei einer Bank so etwas wie ein Vereinskonto, auf dem monatliche Mitgliedsbeiträge eingezahlt wurden. Es gibt feste Regeln für die Mitgliedertreffen. All das kann nachgelesen werden bei der antifaschistischen Rechercheplattform EXIF. Lange vor dem Lübcke-Mord veröffentlichte sie im Sommer 2018 ein Dossier zu „Combat 18“, warnte vor der Gefahr durch diese Nazi-Terrorgruppe.

Die Beamten des Innenministeriums und die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes haben dieses von Berufs wegen ganz sicher gelesen. Sie wissen um die Gefährlichkeit dieser Terrorgruppe. Warum wird „Combat 18“ also nicht verboten?

Im Umfeld des NSU waren 40 Rechtsradikale als V-Leute von 7 Geheimdiensten platziert (die der Staat übrigens aus Steuergeldern bezahlte). Die Geheimdienste halten nach wie vor unbeirrt an dem Konzept fest, über V-Leute Informationen aus der gewaltbereiten rechtsradikalen Szene zu gewinnen. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, dass auch die Gruppe „Combat 18“ bis in die oberste Spitze von V-Leuten durchsetzt ist. Und da „Combat 18“ international agiert, so in England, Italien, den USA, Skandinavien, Ungarn usw., dürften nicht nur deutsche Geheimdienste involviert sein. Selbst in rechtsradikalen Kreisen halten sich hartnäckig Gerüchte, dass Stanley Röske, der als Deutschlandchef von „Combat 18“ gilt, ein V-Mann sein könnte.

Es ist also denkbar, dass ein Verbotsantrag von „Combat 18“ nicht ernsthaft angegangen wird, da er - wie bei der NPD geschehen - aufgrund der Platzierung von V-Leuten bis in die oberste Spitze juristisch keinen Bestand hätte und von Gerichten gekippt würde. Oder weil man „Combat 18“ als Informationsquelle über internationale Strukturen des



Demo der Initiative „6. April“ im Frühjahr. Rechte Netzwerke sind weiter aktiv.

Rechtsradikalismus so hoch einschätzt und deshalb sozusagen aus „übergeordneten Staatsinteresse“ eisern am Konzept „Quellenschutz geht vor Strafverfolgung und Opferschutz“ festhält.

In Hessen wird es einen neuen Untersuchungsausschuss zum Lübcke-Mord geben. Das ist gut und richtig. Aber keine Illusionen: Auch die bisherigen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zum NSU konnten nur kleine Steine aus den Mauern des Schweigens brechen.

Es hilft nur eines: Der öffentliche politische Druck muss so hoch werden, dass z. B. der Ankündigung eines Verbotes der Nazi-Terrorgruppe „Combat 18“ auch Taten folgen. V-Leute müssen aus Nazi-Terrorgruppen zurückgezogen werden, sie haben ohnehin keinen Mord verhindert, und der Ermittlungsdruck gegen solche Gruppen muss konsequent erhöht werden. Dass in Deutschland über 500 per Haftbefehl gesuchte Rechtsradikale frei herumlaufen ist angesichts dessen ein unerträglicher Zustand. Auch im öffentlichen Diskurs aus Medien und Politik

muss Klartext gesprochen werden: Es geht nicht bloß um „Hassverbrechen“, sondern um rechtsradikalen Terror.

Die Kasseler Linke hat die Initiative für ein Verbot von „Combat 18“ ergriffen und wird eine gemeinsame Resolution in der Stadtverordnetenversammlung in die Wege leiten mit dem Ziel, Druck auf die Landesregierung auszuüben sich auf Bundesebene für ein Verbot von „Combat 18“ einzusetzen.

Gerald Warnke

UMWELT

Klimaproteste auch in Kassel

Am 20.09. protestierten 15.000 Menschen in Kassel, 1,4 Millionen bundesweit und mehrere Millionen weltweit für den Erhalt unseres Planeten und des Klimas.

Aufgerufen hatten Fridays for Future zum internationalen Streik. In Kassel war der Demonstrationzug schon angekommen, als die meisten gerade die erste Zwischenkundgebung erreichten. Ein beeindruckender Ausdruck der Klimabewegung, die in den letzten Monaten international noch mal gewachsen ist und entschlossen aufzeigt: Um den Planeten zu retten, muss sich in der Klimapolitik grundlegend was tun!

Das Klimapakete verfehlt dabei in jeder Hinsicht. Die Regierenden begegnen der Krise mit laschen Forderungen und Unternehmen wie RWE können wei-

termachen wie bisher. Wir haben mit Krauss-Maffei Wegmann einen der größten Umweltzerstörer vor der Tür und müssen deutlich machen, dass alle Klimakiller - egal ob Kohlestrom- oder Rüstungskonzerne - enteignet werden müssen, um Güter herzustellen, die für Mensch und Umwelt nicht zerstörerisch, sondern nützlich sind. „Statt auf die Profite schau'n - Straßenbahn statt Panzer bau'n!“

Wenn die Rettung unseres Planeten das Ziel ist, kann dies jedoch nur gelingen, wenn wir für grundsätzliche Veränderung kämpfen. Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ist im Kapitalismus angelegt, nur durch eine Überwindung dieses ausbeuterischen Systems können wir unsere Umwelt retten. Wir treten für eine Systemalternative ein, die sich an

den Bedürfnissen von Mensch, Natur und Tier orientiert.

Wir fordern:

- Sofortiger Stopp sinnloser und zerstörerischer Produktion wie Werbung und Rüstung!
- Sofortige Einführung des Nulltarifs im ÖPNV, Nah- und Fernverkehr ausbauen, Fahrscheinpreise senken, wohnortnahe Arbeitsplätze statt Pendlerströme!
- Ausbau von Fahrradwegen in Kassel!
- Kohleausstieg jetzt! Garantierte Weiterbeschäftigung ohne Lohnverlust für alle Kolleg*innen! Kostenlose Umschulungen für alle Beschäftigten!
- Massives Subventionsprogramm für den Ausbau erneuerbarer Energiegewinnung in öffentlicher Hand!

Hannah und Fabian für ´solid

JOBCENTER

Eingangsbestätigungen erstritten

Im Jobcenter müssen immer wieder Unterlagen eingereicht werden. Dafür gibt es eine Mitwirkungspflicht.

Je nach Sachlage können z. B. Anträge nicht bearbeitet werden und Leistungsempfänger müssen auf ihr Geld warten, Anspruchszeiträume verschieben sich, wenn der Zeitpunkt der Erstvorlage nicht belegt werden kann, oder es werden Sanktionen aufgrund fehlender Mitwirkung ausgesprochen. Problematisch ist, dass es vielfältige Wege gibt, auf denen Dokumente verschwinden können. In solchen Fällen ist ein Nachweis unmöglich.

Die „Solidarische Erwerbsloseninitiative

Kassel“ (S.E.K.) hat Anfang des Jahres auf die Verweigerung zur Ausstellung einer Eingangsbestätigung aufmerksam gemacht. Im April hat die Kasseler Linke eine entsprechende Anfrage gestellt. Ende Juni drängt die S.E.K. in einem Gespräch mit der Leitung des Jobcenters auf eine unaufgeforderte Ausstellung von Eingangsbestätigungen für jegliche Unterlagen. Mittlerweile hat das Jobcenter zugesichert, Eingangsbestätigungen auszustellen. Diese sind jedoch nicht selbstverständlich, sondern erfolgen nur auf Nachfrage.

In der Praxis läuft das Ganze aber noch nicht geschmeidig. Berichten von Leistungsempfängern zu Folge, haben man-

che MitarbeiterInnen des Jobcenters Kassel anscheinend nichts von dieser Weisung gewusst. Andere Betroffene haben mehrfach nachhaken müssen, oder ihnen ist gesagt worden, dass diese Unterlagen einfach in den Briefkasten geworfen werden. Erfreulich dagegen ist, dass es auch mehrere positive Rückmeldungen gegeben hat.

Jenny Schirner
Dirk Utermöller

Die „Solidarische Erwerbsloseninitiative Kassel“ trifft sich jedem 1. und 3. Freitag im Monat in der Rothen Ecke, Naumburger Str. 20A. Mehr Infos unter: info@erwerbslos-ks.de

KLINIKUM/GESUNDHEIT NORDHESSEN

Gesundheit ist keine Ware

Gesundheit ist den Menschen unmittelbar eigen, sie kann nicht mit anderen Waren oder gegen Geld getauscht werden. Die meisten Menschen reagieren entsetzt und empört, wenn sie von Problemen im Gesundheitswesen hören angesichts einer Realität im Gesundheitssektor, der die Profitlogik vor das Grundbedürfnis einer guten Gesundheitsversorgung stellt.

Wie konnte es dazu kommen? Im Rahmen der angeblichen „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen wurde die Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2004 vom Prinzip der Kostendeckung auf das System der Fallpauschalen umgestellt. Fallpauschalen sind Preise für die Behandlung bestimmter Erkrankungen. So wurde es möglich, zwischen rentablen und unrentablen Krankheiten zu unterscheiden und Gewinne zu machen. Damit wurden Kliniken erstmals interessant für private Kapitalanleger. Kommunen konnten mit Rechtsformen, wie Aktiengesellschaften und GmbHs ihre Krankenhäuser aus dem kommunalen Haushalt ausgliedern und nur noch als Kapitaleigner auftreten.

Die Folge ist eine Entpolitisierung und Intransparenz von Entscheidungen durch die Verpflichtung zur Verschwiegenheit der Entscheider und Orientierung einzig und allein an betriebswirtschaftlichen Aspekten. Der Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Anteilseignern ist die Rendite, die Letztere aus dem Klinikbetrieb abschöpfen: Dies ist ein Skan-

dal und Rechtsbruch zugleich. Krankenkassenbeiträge der Solidargemeinschaft werden zu Profiten, die den Krankenhäusern gleichzeitig entzogen werden.

Die Gesundheit Nordhessen Holding (GNH) ist eine Aktiengesellschaft, ein Konzern mit den Tochtergesellschaften Klinikum Kassel, den Kreiskliniken in Hofgeismar und Wolfhagen, dem Krankenhaus Bad Arolsen und weiteren Einrichtungen. Anteilseigner sind die Stadt mit 92,5 % und der Landkreis Kassel mit 7,5 %. Es gibt einen geschäftsführenden Vorstand und einen Aufsichtsrat, der paritätisch besetzt ist mit Arbeitnehmervertretenden und Anteilseignern.

Mit dem „Zukunftssicherungsvertrag“ (Zusi) gibt es im Unternehmen eine Besonderheit. Dieser stellt eine Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der Gewerkschaft Verdi dar, durch die die Löhne der Beschäftigten (außer die mehrheitlich im Marburger Bund organisierten Ärzte) jeweils zu Jahresbeginn um ca. 5,3 % abgesenkt werden. Im Falle eines Überschusses am Ende des Jahres wird dieser Zwangskredit bis zur Höhe des Überschusses zurückgezahlt. Ca. 40 % der Beschäftigten der GNH sind Pflegekräfte. Sie sollen damit zusätzlich zu ihrer Ausbeutung auch noch die Hauptlast der Verantwortung für die Liquidität des Konzerns tragen. Inzwischen zwingt der Mangel an Pflegekräften den Konzern, die Lohnkürzungen durch den „Zusi“ zu beenden.

Gleichzeitig verschlechtern sich die öko-

nomischen Daten der GNH, Gründe sind die allgemeine Unterfinanzierung, insbesondere durch die fehlende Refinanzierung der Investitionen durch das Land Hessen. Investitionen sind unter kapitalistischen Rahmenbedingungen jedoch ein entscheidender Faktor: Klinikleitungen denken in Unternehmensstrategien wie Wachstum, Produktivitätssteigerung und der Marktstellung gegenüber Konkurrenten. Es kommt zu einem Verdrängungswettbewerb mit Leistungsrückgängen bei den Verlierern dieses „Wettbewerbs“.

Hinzu kommt ein jahrelanger Investitionsstau in sogenannten unrentablen Bereichen. Nach dieser Logik sollen nun innerhalb der GNH die Kreisklinik Wolfhagen und die Altenpflegeeinrichtung Seniorenwohnanlagen (SWA) Kassel als erste auf der Strecke bleiben.

Für die Kasseler Linke ist der Kampf gegen die Ökonomisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein wichtiger Schwerpunkt. Ob Krankenhäuser, Polikliniken oder medizinische Versorgungszentren Bedarfsgerechtigkeit für die Menschen in Stadt und Land herstellen, kann nicht „der Markt“ steuern, sondern das muss politisch, demokratisch und transparent ermittelt werden.

Deshalb fordern wir eine Rekommunalisierung aller privatisierten Kliniken, Pflegedienste und Altenheime und eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung.

Christine Hoffmann

REMBRANDTSTRASSE

Abriss immer noch nicht vom Tisch

Der Mietenwahnsinn nimmt Dauch in Kassel weiter zu. Während in Berlin durch die zahlreichen Proteste Enteignung und Mietendeckel diskutiert werden, lautet die Devise der Stadtregierung in Kassel nach wie vor: Bauen, bauen, bauen.

Dabei wird ignoriert, dass dabei weder günstige Wohnungen entstehen und ökologisch wenig sinnvoll ist, weitere Flächen zu versiegeln. Die Kommune hat

viele Möglichkeiten, um steuernd einzugreifen. Geradezu eine der einfachsten ist: günstigen Bestand zu sichern, gerade bei öffentlichen Eigentum.

Anders agiert die landeseigene Nassauische Heimstätte. Seit im Mai angekündigt wurde, dass nicht nur auf dem Areal des ehemaligen Versorgungsamtes gebaut, sondern im gleichen Zuge die angrenzenden Wohnhäuser in der Rembrandtstraße abgerissen werden sollen, schweben die dortigen BewohnerInnen

in permanenter Unsicherheit. Sie haben sich dazu entschlossen nicht aufzugeben, sondern sich zu wehren. Es gab bereits Fernsehbeiträge, über 2000 Unterschriften wurden an die Stadt übergeben und viele Aktionen gemacht.

Die Stadtverordneten werden am Ende über den Bebauungsplan entscheiden. Für die Kasseler Linke ist klar: kein Abriss in der Rembrandtstraße! Wohnraum darf keine Ware sein!

Violetta Bock

MOBILITÄT

Radentscheid – nicht unter Rot-Grün

„Das ambitionierte Ziel ist der Versuch bis 2030 klimaneutral zu werden“, so heißt es in dem Antrag zur Klimakrise, der Ende August in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Mit ähnlich angezogener Handbremse wird beim Thema Radverkehr agiert. Seit einem Jahr ist der Ausbau der Radwege und die Verbesserung der Infrastruktur eins der Topthemen in der Kasseler Kommunalpolitik. 22.000 Unterschriften für den Radentscheid wurden vor einem Jahr an die Stadt übergeben. Rund 6 Mio. Euro und zusätzliches Personal sind nach Berechnungen des Radentscheids jährlich mindestens nötig, um das aufzuholen, was die letzten Jahre versäumt wurde. Rot-Grün hat sich seither gewunden. Erst wurde der Radentscheid als rechtlich unzulässig zurückgewiesen. Dann gab es bei den vielen Aktivitäten und Veranstaltungen viele Lippenbekenntnisse für den Radverkehr. Doch irgendwann musste sich die SPD entscheiden, ob sie Abschied von der Autostadt nimmt, und die Grünen, wie weit sie mitgehen. Schließlich hatten sie von Anfang an behauptet, nur einen Beschluss in Abstimmung mit den Aktiven des Radentscheids mitzutragen. Am Ende war

ihnen der Erhalt der Koalition wichtiger. Verabschiedet wurde für das Jahr 2020 eine Aufstockung um 750.000 Euro aus städtischen Mitteln und eine gestaffelte Erhöhung bis 2024.

Um sich angesichts des öffentlichen Drucks nicht ganz die Blöße zu geben, wurden viele Formulierungen des Radentscheids aufgenommen. So heißt es nun: „Mit dem Ziel, mehr Sicherheit für die Verkehrsteilnehmer zu erreichen, soll als Planungs- und Umsetzungsgrundsatz die Trennung der Verkehrsarten gelten“, also auch für Rad- und Fußverkehr. Doch bei der derzeitigen Planung des Katzen-sprungs etwa werden sich RadfahrerInnen

und FußgängerInnen weiterhin einen Weg teilen, um dem Autoverkehr den Weg freizuhalten.

Die Kasseler Linke setzt sich nach wie vor für eine Verkehrswende ein. Um klimaneutral zu werden und gerade Menschen in den Mietwohnungen entlang der Hauptverkehrsstraßen von den Abgasen zu befreien, muss Kassel bis 2030 den Autoverkehr mehr als halbieren. Und das geht nur, wenn massiv in den Radverkehr, Fußwege und Bus und Bahn investiert wird und die Fahrpreise nicht weiter steigen. Die Kasseler Linke setzt sich daher für ein Sozialticket und langfristig den Nulltarif ein. **Violetta Bock**



BILDUNG

Kitausbau stagniert

In Kassel fehlen immer noch über 700 Kitaplätze und diese prekäre Entwicklung scheint nicht aufzuhalten zu sein.

Vor allem die Stadtteile Rothenditmold, Nord-Holland und Harleshausen sind davon betroffen. Allein in Rothenditmold stehen 300 Kinder auf der Warteliste.

Besonders diejenigen Alleinerziehenden sind von der Situation betroffen, die auf einen Kitaplatz angewiesen sind, um einen Job nachzugehen und die Familie versorgen zu können. Die Vereinbarung von Familie und Beruf wird somit immer komplizierter.

Doch nicht nur fehlende Kitaplätze stellen eine Problematik dar: Der aktuelle Fachkräftemangel bremst den Ausbau der Kitaplanung. Jede 5. Fachkraft hat einen befristeten Vertrag. Das bedeutet, dass ErzieherInnen mit dem Gedanken

leben müssen, dass ihre Zukunft ungewiss ist. Wie soll da Motivation aufkommen? Stattdessen herrscht Resignation.

Selbst die Ausbildung zum Erzieher wird größtenteils nicht vergütet. Da wundert es nicht, dass die Anreize für eine Ausbildung in dem Bereich fehlen. ErzieherInnen fördern die Kinder gezielt, dokumentieren, organisieren und führen Elternberatungen durch.

Nicht nur befristete Verträge stellen ein Hindernis dar, auch die immer noch schlechte Bezahlung für einen Beruf mit immenser Verantwortung ist nicht adäquat, schließlich stellt die Kita die erste Bildungsinstanz dar: Da wundert es nicht, dass aktuell in Kassel mindestens 70 Fachkräfte fehlen.

Außerdem sind kaum Flächen vorhanden, sodass es schwierig wird, neue Kitas aufzubauen. Zwar wurden in einigen

Stadtteilen schon mobile Ersatzbauten in unmittelbarer Nähe zu vorhandenen Kitas gestellt. Diese stellen jedoch nur eine vorübergehende Lösung dar.

Es muss sich etwas ändern. Langfristige Lösungen müssen her, Ressourcen müssen ausgebaut werden, Bedingungen für ErzieherInnen verbessert werden. Die Kasseler Linke fordert daher, den Beruf aufzuwerten und befristete Verträge abzubauen. Die Kasseler Linke begrüßt eine vereinfachte Kitaplatzvergabe durch das Portal „webKita“. Als weitere Verbesserung soll das Online-Portal mehrsprachig sein, damit die Registrierung auch von nicht-deutschsprachigen KasselerInnen gewährleistet werden kann.

Immer noch warten trotz Rechtsanspruch, für die ein- bis dreijährigen zu viele Kinder auf einen Kitaplatz.

Alina Kotliarevski

Investitionsprogramm für Kassel

Die Kasseler Linke hat vor dem Hintergrund des enormen Investitions- und Sanierungsstau in die öffentliche Infrastruktur der Stadt Kassel, einen Antrag für ein Investitionsprogramm eingebracht.

Der Antrag gliedert sich in drei Themenbereiche auf: Einnahmeverbesserung, Kreditbewirtschaftung und Ausgabenreduzierung durch Veräußerung von städtischen Beteiligungen an Gesellschaften, wie z. B. der Flughafen GmbH Kassel.

Die Kasseler LINKE fordert, den Hebesatz der Gewerbesteuer um 20 Punkte auf 460 Punkte zu erhöhen. Der aktu-

elle Gewerbesteuerhebesatz in Kassel liegt 14 Punkte unterhalb des im Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich liegenden Hebesatz von 454 v. H. Damit entgehen der Stadtkasse Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich durch angesetzte fiktiv höhere Steuerkraftzahlen als die tatsächlich vorhandenen. Die Städte Frankfurt, Wiesbaden und das hoch verschuldete Darmstadt haben allesamt höhere Hebesätze.

Bei der Kreditbewirtschaftung fordert die Kasseler LINKE, dass die Jahresüberschüsse des Haushalts auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Die fälligen Schulden sollen durch neue Kredite zu günstigen kommunalen Konditionen abgelöst werden. Durch diese Form der Umschuldung hat die Stadt einen größeren Handlungsspielraum, als dass bisher der Fall ist.

Nach unseren Berechnungen ergeben diese Maßnahmen eine Summe von 39 Millionen Euro pro Jahr, die für dringende Investitionen u. a. in den Kitaausbau, die Gebäudefinanzierung, den Ausbau des ÖPNV und die Förderung des Radverkehrs eingesetzt werden können.

Mirko Düsterdieck

regelmäßige Angebote

Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat (nicht an Feiertagen) 14 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung im LINKE-Büro in der Schillerstraße 21

Jeden Donnerstag (nicht an Feiertagen) 14 - 16 Uhr Hartz-IV-Beratung mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs im Fraktionsbüro Kasseler Linke W25 im Rathaus.

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] Kassel-Stadt ab 18 Uhr im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21.

Jeden Freitag von 13:30 bis 15:30 Uhr Flüchtlingsprechstunde im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21.

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass
9. aktualisierte Auflage



Mit diesem Leitfaden soll die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkaufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzutanken, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Kälte zu haben.

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke

Obere Königsstr. 8, 34117 Kassel

Tel 0561/9201503

E-Mail kontakt@kasseler-linke.de

www.kasseler-linke.de

V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann

Redaktion: Jens Meyer

Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel

Auflage: 8.000

+ DIE + LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiter zu verwenden.